

**Autorisiertes Interview (nicht abgestimmte Kürzungen der Redaktion durch Unterstreichung markiert)**

*Hat die Gewaltkriminalität von Jugendlichen in Deutschland auch etwas mit der Zuwanderung zu tun?*

**Bade** Die polizeiliche Kriminalstatistik gibt keinen Hinweis darauf, dass Ausländer gewalttätiger sind als Deutsche. Es gibt aber ganz bestimmte Milieus und Gruppen, ausländische wie deutsche, die zur Gewalt neigen, und nur dort eskaliert die Gewalt. Sehr unterschiedlich sind Bewertung und öffentliche Einschätzung: Bei gewalttätigen Ausschreitungen von Deutschen gegen Ausländer wird in aller Regel ein 'ausländerfeindlicher Hintergrund' dementiert. Bei Übergriffen von Ausländern auf Deutsche steht sofort die ausländische Staatsangehörigkeit der Täter im Vordergrund.

*Wird das Thema also aufgebauscht?*

**Bade** Ein seriöser Blick in die Statistiken zeigt: Die Jugendgewalt insgesamt geht seit Jahren stetig zurück. Gewaltkriminelle Mehrfachtäter sind eine sehr kleine, aber im Blick auf ihre physisch und psychisch oft schwer verletzten Opfer verheerende Minderheit, die vollkommen ausgerastet ist und bei der sich die Probleme potenzieren. Das sind gewaltbereite Serientäter mit zum Teil atemberaubenden Kriminalitätskarrieren. Dieses Milieu ist meist sehr genau lokalisierbar bei kaputten Elternhäusern, in denen asoziales Verhalten herrscht und rundum geprügelt wird, wo die Eltern schon aus dem sozialen Raster gefallen sind und die Kinder dies umso mehr tun.

*Wie soll der Staat mit solchen Milieu-Gewalttätern umgehen?*

**Bade** Wichtig ist zweifelsohne, dass die Jugendlichen rasch und hart bestraft werden, damit sie die Folgen ihrer Taten sofort spüren und nicht erst dann, wenn sie sich kaum noch daran erinnern können. Auch Altersfragen müssen schärfer gewichtet werden: Das eher für den Sonderfall gedachte, aber fast durchweg angewandte milde Jugendstrafrecht für 18-21 Jahre alte Schläger ist ein Treppenwitz, abgesehen von den wichtigen, aber eben nur für den Sonderfall von wirklichen Jugendverfehlungen gedachten pädagogischen Elementen des

Jugendstrafrechts . Ich warne aber vor einer Hysterisierung der öffentlichen Debatte mit dem falschen Vokabular: Wenn man die Täter als harte, gefährliche Typen darstellt, macht sie das nur zu Helden in ihrem geistigen Wild-West-Milieu. Die Reaktion muss vielmehr sein: Wer schlägt, ist nicht stark, sondern schwach und psychisch gestört. Er gehört nicht in einen seine Opfer verhöhnenden und oft weiter bedrohenden Freilauf unter Bewährung. Er gehört zur Beobachtung in die Psychiatrie. Das wäre eine soziale Ächtung im Milieu. Auch die Strafen sollten ächtend wirken. Haftstrafen auf Bewährung führen nur zu einem Achtungsgewinn in diesem Milieu. Eine sozial ächtende Strafe, die an der Macho-Männlichkeit zehrt, wäre z.B. ein halbes Jahr Führerscheinentzug, weil ein Auto in der Hand eines unkalkulierbaren Gewalttäters eine gefährliche Waffe im Straßenverkehr ist.

*Sie haben als Migrationsexperte schon vor einem Vierteljahrhundert vor den Folgen einer versäumten Integrationsförderung gewarnt. Sehen Sie sich heute bestätigt?*

**Bade** Leider ja. Deutschland hat eine aktive Integrationsförderung, wie sie heute endlich betrieben wird, lange sträflich vernachlässigt. Bis in die 1990er Jahre hinein hat man sich darauf versteift, kein Einwanderungsland sein zu wollen, während man Einwanderung lange faktisch ungeregelt stattfinden ließ. Und die Kinder dieser Einwanderer wurden zu Opfern einer geradezu systematischen Vernachlässigung durch unser Bildungssystem, von mangelhafter Förderung im Vorschulalter bis zu mangelnder begleitender Sprachförderung in den Schulen. Viele Kinder und Jugendlichen sind kommunikativ von der deutschen Umwelt ausgeschlossen, weil sie die deutsche Sprache nur wenige Stunden am Tag in der Schule sprechen oder auch nur hören, aber den Rest des Tages überhaupt nicht.

Und nun?

**Bade** Manche Züge sind vor zehn, zwanzig Jahren schon entgleist oder in die falsche Richtung abgefahren. Heute ist nur noch eine mühsame nachholende Integrationsförderung möglich. Dazu gehört die radikale Verbesserung oder Abschaffung der Hauptschulen als Endlager für im Bildungssystem Gescheiterte. Dazu gehört die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen und vor allem ein breit angelegter Unterricht in Deutsch als Fremdsprache. Grundkompetenzen

im Unterrichten in Deutsch als Fremdsprache müssen für die Ausbildung aller Lehrer aller Fächer zwingend vorgeschrieben werden.

Wer soll das bezahlen?

**Bade** In der Tat beweist sich jetzt, was wir immer vorausgesagt haben:

Nachholende Förderung ist um ein Vielfaches teurer als rechtzeitige Integrationshilfen. Trotz großen Aufwands kann man auch bei weitem nicht mehr alles korrigieren, was seinerzeit versäumt wurde; denn die Folgen der Vernachlässigung der Integrationsaufgabe sind heute längst ein intergeneratives Problem, weil die seinerzeit vernachlässigten Kinder und Jugendlichen heute selbst schon Eltern sind.

-

Wie sollen diese Programme aussehen?

**Bade** Das Problem ist, dass staatliche Institutionen die Menschen nur direkt erreichen können, solange sie noch in den Schulen sind. Danach sind sie nur noch indirekt erreichbar. Wir müssen aber bei den Programmen zur nachholenden Integrationsförderung die Familien insgesamt in den Blick nehmen; also nicht etwa nur die Kinder und Jugendlichen, sondern auch die Eltern, die schon vor zwanzig Jahren selber den sozialen Fahrstuhl verpaßt haben. Wenn man die nachholende Integrationsförderung jetzt nicht energisch anpackt, werden die Folgen in Zukunft immer noch teurer, bis sie irgendwann gar nicht mehr bezahlbar ist. Dann hätten wir wirklich eine gesellschaftliche Krise.

Sie malen düstere Aussichten.

**Bade** Nicht düster, nur realistisch und immer noch bedingt optimistisch, denn es ist nie zu spät. Aber man muss sich das mal vorstellen: Bei uns wächst eine zunehmende Zahl von Jugendlichen der dritten Einwanderergeneration nach wie vor als Ausländer heran, obwohl schon ihre Eltern in Deutschland geboren wurden. Das ist ein Armutszeugnis für ein Einwanderungsland, das sich als Integrationsland versteht. Unter den Jugendlichen und insbesondere den Kindern unter 6 Jahren wächst der Anteil derer mit Migrationshintergrund immer schneller. In 20, 30 Jahren werden in Deutschland insgesamt 30 bis 40 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund leben. Wenn ein wachsender Teil davon Ausländer bleibt, steht das kein Staat auf die Dauer durch. Ohnehin werden wir die Empörung der

zweiten und dritten Ausländergeneration schon sehr bald noch sehr viel deutlicher zu spüren bekommen.

*Wie wird sich das äußern?*

**Bade** Es ist absehbar, dass Menschen, die schon lange im Lande leben, immer weniger verstehen, dass sie ständig benachteiligt werden: in den Schulen, wo sie oft trotz gleicher Begabung keine Überleitungsempfehlung zum Gymnasium bekommen; in der Berufsausbildung und auf dem Arbeitsmarkt, wo sie nachweislich schlechtere Chancen haben und auch bei gleicher Leistung gegenüber Deutschen benachteiligt werden. Wenn die betroffenen jungen Leute sich nicht über gleichberechtigte Teilhabe integrieren können, wird bei ihnen irgendwann die stille Wut darüber offen ausbrechen. Die Unruhen in Frankreich wurden in deutschen Innenministerien nicht ohne Grund so besorgt beobachtet.

*Die Parteien machen sich Sorgen um das Funktionieren der Reform zur doppelten Staatsangehörigkeit.*

*Mit Recht?*

**Bade** Ja, bei dieser Reform wurde aus parteipolitischen Gründen schlicht und einfach Mist gebaut. Alle Migrationsexperten haben damals davor gewarnt, eine Schnupperstaatsangehörigkeit auf Zeit zu vergeben, sodass die Leute dann im Alter von 18 bis 22 Jahren entscheiden müssen, ob sie nun etwa die deutsche oder z.B. die türkische Staatsangehörigkeit abgeben. Die bedingte Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit hätte uns vieles erspart. Da droht eine unendliche Prozesslawine. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass das Bundesverfassungsgericht es billigen wird, daß man den jungen Leuten später ihre deutsche Staatsangehörigkeit wieder entreißt. Wann hören wir endlich auf, auf dem Rücken der Einwandererbevolkerung solche kapitalen politischen Böcke zu schießen?

---

**Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH**

Leiter der Parlamentsredaktion

Reinhardtstraße 39 · 10117 Berlin

Tel. 030 - 28 464 110

Fax 030 - 28 464 200

[stefan.reker@rheinische-post.de](mailto:stefan.reker@rheinische-post.de)  
[www.rp-online.de](http://www.rp-online.de)

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Dr. Gottfried Arnold  
Geschäftsführer: Clemens Bauer (Vorsitzender), Dr. Karl Hans Arnold (stellv. Vorsitzender), Patrick Ludwig  
Sitz Düsseldorf · Amtsgericht Düsseldorf HRB 68